

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 67, Dreibrundstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 2. Juni 1926

Nummer 43

Gewerkschaftliche Zeitfragen

I.

In verschiedenen eingesandten Artikeln zu unsern diesjährigen Verbandstag bildeten der ADGB und Beamtenpensionen mehrfach besondere Anknüpfungspunkte. In diesen beiden Punkten sind Ansichten zum Ausdruck gekommen, die teilweise von falschen Voraussetzungen ausgehen und in ihren Zielen die Grenzen gewerkschaftlicher Aufgaben und Macht viel weiter strecken als es die tatsächlichen Verhältnisse ratsam erscheinen lassen. Wir halten es daher für unsere Pflicht, im Interesse einer Vertiefung gewerkschaftlichen Denkens diesen Fragen eine besondere Prüfung und Erläuterung in zwei besonderen Artikeln in vorliegender und nächster Nummer gütlich werden zu lassen.

Zunächst gilt es, die mehrfach gestellte Frage zu beantworten: Wo bleibt der ADGB? Darauf wäre im allgemeinen wie im besonderen, d. h. letzteres nur insofern, als es sich aus tatsächlichen Gründen den Gegnern der Arbeiterschaft in Unternehmerkreisen gegenüber öffentlich ausführen läßt, folgendes zu erwidern: Die Beurteilung der Aufgaben der Gewerkschaften, der hierfür maßgebenden Voraussetzungen, der moralischen und materiellen Machtmittel war seit jeher eine sehr verschiedenartige — meist individuell gefärbt — und oft weniger stützend auf Kenntnis und Erkenntnis realer Faktoren, als vielmehr beeinflusst von Wünschen und Hoffnungen. Schwankte nun schon bei der Einschätzung von Kraft und Stärke der einzelnen Gewerkschaft das Züngeln an der Waage bedenklich auf und nieder, so war und ist das erst recht der Fall, wenn die Vereinigung der deutschen freien Gewerkschaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, in Frage kommt. Die zeitweilige Schwächung der Staatsgewalt und -autorität, die Tatsache, daß die Gewerkschaften oder in ihrer Spitze der ADGB, mehrmals zur Abwendung reaktionären Unheils aktiv in die politischen Ereignisse eingreifen, daß er wiederholt machend, während, fordernd seine Stimme erheben mußte, haben Gewerkschaftsmitglieder wie Außenstehende bezogen, in ihm ein Instrument zu erblicken, das beliebig zu wichtigen, ja grundlegenden Änderungen im Staats- und Wirtschaftsleben angewendet werden könnte. Eine bestimmte politische Richtung nährte offensichtlich diese Meinung, in der stillen Hoffnung, sich selbst des ADGB zur Verwirklichung ihrer „revolutionären“ Absichten bedienen zu können, und erprob, als als man sich in der Bundesleitung dazu nicht hergab, das satissam bekannte Geschrei über den „Verrat der Gewerkschaftsbürokratie“. Erfreulicherweise ist der Kreis jener, die solcher Rattenjängermelodie ihr Ohr leihen, im Laufe der Jahre kleiner und kleiner geworden. Aber auch in den Reihen sonst ruhiger Denker taucht gelegentlich der Gedanke auf, die gesamte Macht der Gewerkschaften einzusetzen für bestimmte Ziele, so zur Abwendung weitumfassender Aktionen der Unternehmer bei Stilllegung von Betrieben, bei Angriffen auf Lohn und Arbeitszeit, beim Widerstand gegen Fortführung und Ausbau der Sozialpolitik, gegen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes, gegen die Mitwirkung der Arbeiter bei Anstellung in der Wirtschaft des Einzelbetriebes wie des ganzen Landes usw. Schließlich stinkt man dem ADGB an, Veräumnisse und Unterlassungen des Staates aus eigenem zu korrigieren, d. h. Versorgungsanprüche und -ansprüche, die der Staat unerfüllt läßt, auf Rechnung der Gewerkschaften zu übernehmen. Und mit dieser Auffassung ganz oder relativ Wohlmeinender gibt es, sich auseinanderzusetzen.

Scheinbar findet sie eine gewisse Stütze in dem Erkenntnis des Breslauer Kongresses zur notwendigen Steigerung der Selbsthilfe der Gewerkschaften — aber

auch nur scheinbar. Der Kongreß in Breslau setzte mit erfreulicher Deutlichkeit den Schlüssel unter eine Periode, in der — im Gegensatz zur alten Managiertheorie — alles Heil und alle Hilfe allein vom Staate erwartet wurde. Nicht, daß Breslau von der bleibenden Verpflichtung der Volksgemeinschaft, gute und böse Tage gemeinsam zu tragen, d. h. aus Kräften und Mitteln der Allgemeinheit ausreichender Fürsorge für alle zu treiben, die unter die Räder des Wirtschaftsgetriebes geraten sind (Kurzarbeiter, Erwerbslose) oder krank, sich, alt, also unfähig geworden, sich selbst ihr Brot zu verdienen, auch nur ein Titelflehen abgelaßen hätte. Aber der Alarmruf zur Selbsthilfe sollte wieder die geistigen Ströme fließen lassen, die in schlimmen Zeiten die Gewerkschaften groß und kräftig machten, sollte ein Appell an die Absichts-

Der Volksentscheid

am 20. Juni soll auf verfassungsmäßiger Grundlage zum Ausdruck bringen, daß Kreise, die nur auf Kosten anderer Menschen ein üppiges Leben führen wollen, kein Recht mehr haben sollen, das deutsche Volk auch fernerhin noch auszubeuten.

Für ein solches Volk zur teil nach besten Kräften zu wirken, ist Pflicht aller Volksgenossen, insbesondere aber der Arbeiterschaft, die von den ehemaligen Herrschern und ihrer Sippe nur als Knechte beurteilt und behandelt worden sind!

den sein, sich dem gewerkschaftlichen Heerbann anzuschließen — zum eignen Besten.

Natürlich sind dieser Selbsthilfe Grenzen gezogen; sie erkennen, mit dem „Zustand“ rechnen ist wertvoller, als sich an Hoffnungen betauschen oder gar andere etwas glauben zu lassen, woran man selbst nicht glaubt. Moralische und materielle Macht der Gewerkschaften ist abhängig von mancherlei: nicht nur die absolute, sondern vielmehr die relative Zahl der im Beruf (der Industrie) Beschäftigten, nicht nur der absolute, sondern mehr noch der anteilmäßige Vermögensbestand (Kopfermögen), nicht nur der Korpsgeist oder wenn man will das Solidaritätsgefühl der in der Organisation Vereinigten untereinander und mit allen andern Gewerkschaftsmitgliedern geben allein den Ausschlag (wobei die Reihenfolge der genannten Faktoren keineswegs identisch sein soll mit ihrer Bedeutung), sondern eine Menge anderer Gründe spielen mit, sind oft für taktische Maßnahmen entscheidend. Zoll- und Tariffragen, Handelsverträge, Lage des heimischen wie des Weltmarktes seien hier nur angebeutet.

Nun ist der ADGB, keine in Wolkenhöhen thronende Überorganisation, die — unbekümmert um Menschen und Dinge — ihre Politik macht oder machen könnte. Er ist eine Vereinigung auf durchaus freiwiliger Grundlage. Die sich ihm anschließenden Gewerkschaften tun dies in der Erkenntnis, durch die enge Verbindung mit andern stärker zu werden, im Notfall einen kräftigen Rückhalt zu besitzen, in Gemeinschaft mit andern Vorgehen und Verwaltung des Staates nachdrücklicher beeinflussen zu können.

Aber so wenig der ADGB — ähnlich wie die Kartelle und Syndikate — Außenleiter in seine Reihen nötigen kann, ebensowenig kann er sie zum Verbleiben zwingen. Die ganze Bundesverfassung ist auf dem Charakter der Freiwilligkeit, der aus eigenem Entschluß geborenen Unterordnung eigener Interessen unter das Gesamtwohl, aufgebaut. In mehr als einer wichtigen Frage besitzen die Verbände vollkommene Souveränität, so bei Führung von Lohnbewegungen, und nur dort, wo (z. B. in gemischten Betrieben) Lebensinteressen anderer Organisationen in Mitteleidenschaft gezogen werden, sind vorherige Vereinbarungen zwingend vorgeschrieben. Aus dieser Darstellung erhellt, daß sowohl der Bundestag als auch der Bundesausschuß (die Vertretung aller Verbände, die in kürzeren Zeiträumen zusammentritt) Bedenken tragen würden, Beschlüsse zu fassen, die etwa eine Organisation in ihren wichtigsten Interessen schwer beeinträchtigen würden. Es entspricht dem Wesen des ADGB, Angleichung der Verhältnisse der einzelnen Verbände an die der andern zu fördern und auftauchende Schwierigkeiten kameradschaftlich auszugleichen; wobei hinzugefügt sei, daß er sich hierin vom Verhalten der Landeszentralen in andern Ländern nicht unterscheidet.

Berücksichtigt man die Unterschiede, die sich aus der Tätigkeit der Mitglieder, ihrer Vorbildung, ihrem Arbeitsverhältnis usw. ergeben, so ist klar, daß all das sich auch in der Organisation, ihrer Taktik, ihren Einrichtungen widerspiegelt. Verbände, die in ihrem Streben nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dauernd mit dem Widerstand eines hartnäckigen Unternehmertums zu rechnen, also unverhältnismäßig zahlreiche Streiks zu führen haben, werden ihr Einkünfte in erster Linie zu diesem Zweck verwenden und wenig Neigung haben, ihr Unterstützungswesen nach andern Bedürfnissen zu orientieren. Dagegen wird man in Verbänden mit alter Tariftradition und relativ wenigen eigentlichen Lohnbewegungen sich auf dem Unterstüßungsgebiet manches leisten können, woran andre nicht denken dürfen, wobei ganz unerörtert bleibt, daß hier wie dort die Meinungen nichts weniger als geklärt sind, selbst in der eignen Organisation unter den Hyperbelen „die Kampfverband — die Unterstützungsverein“ ausgeglichen werden. Zwar sind in bezug auf Beitragshöhe, Berechnungsschlüssel bezüglich Höhe und Dauer der Unterstüßungen, deren Art und Umfang seit längerem Bestrebungen im Gange, an- oder ausgleichende Bestimmungen zu schaffen; aber auch die Entwicklung abgewartet, kann nur gefördert werden. Jedes auf Uniformierung abzielende Diktat wäre vom Übel. Der ADGB, könnte bei solcher Verschiedenheit nicht nur der Einrichtungen, sondern auch der Ansichten allein auf diesem Spezialgebiet an die Lösung solcher Aufgaben im Moment nicht herantreten.

Aber abgesehen hiervon sei eines ausgesprochen: Der Stand der Gewerkschaftsbewegung in der Welt — im ganzen gesehen — ist seit 1920 nicht günstiger geworden, wobei einer späteren Betrachtung vorbehalten sei, die Gründe hierfür zu erörtern. Einstecken sei die Tatsache festgehalten. Nur ein Kartell könnte sie leugnen, nur ein Kartell sich gegen die sich ergebenden Schlussfolgerungen sträuben. Haben also die einzelnen Organisationen in den zurückliegenden Jahren Einbußen an Mannschaft, Geld und Macht zu verzeichnen, so natürlich auch ihre Spitzenorganisation. Diese kann nicht mehr leisten als das, wozu sie ihre Glieder befähigen. Auch die einfachste Logik wird in regster Propaganda, in selbstloser, zäher Arbeit im einzelnen Verband das Mittel erkennen, das allen hilft, das allen fördert, und das seinen Ausdruck finden wird in einer achtunggebietenden Position des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Gau Thüringen

Im Süden unres ausgehenden Gaus, im schönen Koburg, fand am 1. und 2. Mai der 26. Gau-tag statt. Tagungsort waren die „Gaststätten zum Koburger Hofbräu“.

Am Sonnabend, früh 8 Uhr, eröffnete Gauvortrager Wislaug die Tagung, begrüßte die Delegierten und die erschienenen Gäste, insbesondere den Verbandsvorsitzenden Seich, den Ersten Bürgermeister der Stadt Koburg, Herrn Unverfähr, den Vertreter des Ortsausschusses des ADGB, und den 63 Jahre der Organisation angehörenden Kollegen Reuter aus Hildburghausen. Das Andenken der in der Berichtsperiode verstorbenen Kollegen Eißer und Schleichs und der 39 Gaukollegen wurde in üblicher Weise gelehrt, am Grabe des Kollegen Wesselmann, der lange Jahre Orts- und Bezirksvorsitzender in Koburg war, ein Kranz mit Widmung niedergelegt.

Begrüßungsansprachen hielten Kollege Smolincki im Namen des Ortsvereins Koburg, Herr Bürgermeister Unverfähr im Namen der Stadtverwaltung, der Vorsitzende des Ortsausschusses des ADGB, im Auftrage der organisierten Arbeiterschaft und Kollege Seich im Auftrage des Verbandsvorstandes.

Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 57 Delegierten und der fünf Gauvorstandsmitglieder. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Kollege Smolincki, Koburg, und zum zweiten Schriftführer Kollege Brandt (Weimar) bestimmt. Die vorliegende Tagesordnung wurde genehmigt und die Geschäftsordnung mit zwei Änderungen angenommen.

Zu den gedruckt vorliegenden Geschäftsberichten gaben der Gauvortrager, der Gaujugendleiter und der Gauverwalter die notwendigen mündlichen Erläuterungen und Ergänzungen. Gauvortrager Wislaug ging besonders auf die wirtschaftliche, organisatorische und tarifliche Lage ein. Er betonte, daß die Hoffnungen und Forderungen der Arbeiterschaft nur in ganz wenigen Punkten erfüllt worden sind. Dabei streifte er kurz die Lage im Gewerbe, erwähnte die Hochkonjunktur im Jahre 1924 und das damit verbundene Arbeitslosenproblem; der Dank dafür zeige sich jetzt in dem allgemein verbesserten Lohnniveau, von dem gerade diejenigen Angehörigen von Druckereien zuerst betroffen wurden, in denen die meisten Arbeitsstunden geleistet wurden. Ausführlich behandelte er die tarifliche Lage in Thüringen, wobei die Firma C. G. Vogel in Pöfned nicht eigentlich günstig abhändelt. Ein besonderes Augenmerk sei den Lehrlingsüberreitungen, die sich fast jedes Jahr wiederholen, zu widmen; gerade letzte Ostern mußte fest gestellt werden, daß Überreitungen in größerer Zahl als früher vorgekommen sind und hauptsächlich Mitglieder des Deutschen Buchdruckervereins dabei beteiligt waren. Wegen Überlastung des Schiedsgerichtes in Gera soll noch ein solches in Weimar errichtet werden. Das Zusammenarbeiten innerhalb des Gauvorstandes und mit den Funktionären im Gau sei immer ein kollegiales gewesen. Zum Schluß dankte er allen Funktionären für ihre Mitarbeit zum Wohle der Organisation, insbesondere aber den Kollegen Fuhrmann (Naumburg), Kleemann (Sondershausen), Palm (Eisenberg), Stange (Erfurt) und Teichmann (Naumburg), welche über 25 Jahre als Funktionäre in ihren Mitgliedschaften wirkten. — Gauverwaltungsleiter Kutschbach (Erfurt) berichtete über die Lehrlingsabteilung innerhalb des Gaus. Er betonte die Wichtigkeit der Lehrlingsorganisation, von dem Gedanken ausgehend, daß die Jugend unsere Zukunft ist. Vor allen Dingen sei darauf zu achten, daß die Lehrlingsleiter nicht nur gut fachtechnisch gebildet, sondern auch gute Gewerkschaftscollegen sind. Im Gau seien erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Der Jungbuchdruckerstag am 21. Mai 1925 in Erfurt wies eine Besucherzahl von fast 400 Lehrlingen = 96 Proz. auf und nahm in jeder Beziehung einen guten Verlauf. Eine am 15. Dezember 1925 angenommene Statistik gab Aufschluß über die Lehrlingsverhältnisse. Erfurt wurden 75 Orte mit 289 Firmen. Die Gesamtzahl der Lehrlinge betrug 602 gegenüber 415 im Vorjahre. Davon waren 403 Seher, 156 Drucker, 38 Schweizerbegeer und 5 Stereotypsetzerlehrlinge. Es standen im ersten Lehrjahre 299, im zweiten Lehrjahre 143, im dritten Lehrjahre 49 und im vierten Lehrjahre 112 Lehrlinge. Mitglieder der Lehrlingsabteilung waren 513 oder 86,8 Proz. gegenüber 324 oder 78,1 Proz. im Vorjahre. Mit diesem Ergebnis habe sich der Gau Thüringen fast an die Spitze im gesamten Verband herangearbeitet. Auffallenderweise lerne die Hälfte aller Lehrlinge im ersten Jahre. Zum Schluß forderte er die Kollegen auf, die Lehrlinge immer und immer wieder auf die Lehrlingsabteilung aufmerksam zu machen, bis auch der letzte Lehrling der Organisation angehört. — Gauverwalter Martin ergänzte die vorliegenden Kassenergebnisse. Dabei erwähnte er besonders, daß die Ausgaben der Gaukasse bedeutend gestiegen sind. Der Vorstand werde aber versuchen, mit dem Beiträge von 10 Pf. auszukommen, denn der Bestand der Kasse sei zufriedenstellend. Das Vermögen derselben liegt von 20 004,51 M. zu Ende 1924 auf 30 028,14 M. am Jahresschluß 1925. Für Ausgetretene, Arbeitslose und Invaliden sowie für in Not geratene Kollegen wurden im Jahre 1924 1415 M. und im Jahre 1925 1825 M. ausgegeben. Der Mitgliederstand betrug zu Anfang 1924 2073 und stieg Ende 1925 auf 3182. Die Invaliden vermehrten sich von 54 auf 65. Zum Schluß gab der Verwalter noch Kenntnis von vorgekommenen Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung einzelner Orts- und

Bezirksleiterer sowie von unliebamen Auseinandersetzungen innerhalb des Vorortvereins, die nicht geeignet sind, die Arbeitsfreude der Gauvorstandscollegen, besonders aber der beiden Angestellten, zu heben.

An der nun folgenden Aussprache beteiligten sich 20 Kollegen. Im großen und ganzen wurde die Tätigkeit des Gauvorstandes anerkannt. Die von einzelnen Rednern ausgeübte Kritik bewegte sich in den kollegialsten Bahnen; fast alle kritisierten, daß der Gau-tag auf den 1. Mai gelegt wurde. Ganz allgemein wurden aber auch die unliebamen Auseinandersetzungen in den Versammlungen des Ortsvereins Weimar verurteilt und dabei zum Ausdruck gebracht, daß die beiden Angestellten nicht der Kontrolle einzelner Mitglieder in Weimar unterliegen, sondern nur dem Gauvorstande, der Bezirksvorsitzerkonferenz oder dem Gau-tage gegenüber verantwortlich sind. Nachdem Gauvortrager und Gauverwalter im Schlußwort einiges in der Kritik Vorgebrachte widerlegt bzw. klargestellt hatten, erfolgte einstimmig die Entlastung des Gauvorstandes.

Nummer wurde in die Beratung der eingegangenen Anträge eingetreten. Von den zur Beratung stehenden 36 Anträgen kamen etwa die Hälfte zur Annahme. Einige Anträge wurden zurückgezogen, andere gingen man zur Tagesordnung über. Angenommen wurden unter anderem folgende Anträge: „Die Verwaltung hat ihren Sitz in Weimar“; der Gauvorstand besteht aus 7 Mitgliedern“; „der stellvertretende Gauvortrager und der Schriftführer werden auf dem Gau-tag gewählt“; „die Verwaltung der Bezirke erfolgt durch 7 Mitglieder“; „Einführung einheitlicher Quittungsblätter, einheitlicher Rechnungsformulare und numerierter Quittungsblöcke für Orts- und Druckereileiter“; „dem Gauvorstand werden 2000 M. für außerordentliche Unterhaltungen bei besonderen Vorfällen der Mitglieder zur Verfügung gestellt“; „die Kosten für die Mittelungen des Kreises Thüringen im Bildungsverband übernimmt der Gau“. Zurückgestellt bis zum nächsten Gau-tag wurden alle Anträge, die die Wahlkreiseinteilung für die Wahlen zum Verbandstag zum Ziele hatten.

Zu Punkt 4: Festsetzung der Beiträge und Leistungen (Entschädigungen) lagen keine Anträge vor, der Beitrag bleibt daher in alter Höhe bestehen. Die Rückvergütung an die Bezirke erfordert eine Herabsetzung, wenn der Verbandstag eine niedrigere Rückvergütung an die Gaukassen beschließt. Die Gelder des Gaus sollen in Zukunft angesetzt werden bei der Thüringischen Staatsbank und städtischen Sparbank in Weimar sowie bei der Arbeiterbank in Berlin. Dem Gau-schriftführer wurden als Entschädigung jährlich 100 M., den Vorsitzenden der Schiedsämter 75 M. und den Schriftführern 50 M. jährlich bewilligt.

Als Delegierte zur Generalversammlung des Verbandes wurden die Kollegen Wilhelm Gehler (Mühlhausen), Paul Thring (Gotha), Hugo Koch (Eisenach), Paul Kühn (Pöfned), Walter Kante (Gera), Hugo Reichardt (Wittenburg), Willi Smolincki (Koburg), Louis Stange (Erfurt), Karl Staud (Weimar), Otto Teichmann (Naumburg) und Karl Thieme (Zena) in Vorschlag gebracht.

Die bisherigen Gauangestellten, Kollege Wislaug als Gauvortrager und Kollege Martin als Gauverwalter, wurden einstimmig wieder bestätigt. Als stellvertretender Gauvortrager wurde Kollege Paul Schäfer (Weimar), als Gau-schriftführer Kollege Hermann Fischer (Weimar) und als Gauverwaltungsleiter Kollege Paul Kutschbach (Erfurt) gewählt.

Bei der Wahl des Ortes für den nächsten Gau-tag einigte man sich auf folgende Weise: Wird der Verbandstag nur alle drei Jahre abgehalten, dann findet der nächste Gau-tag 1929 in Erfurt statt. In diesem Falle soll dann 1928 eine Thüringer Buchdruckerzusammenkunft in Weimar stattfinden aus Anlaß des 60jährigen Gaujubiläums. Findet dagegen der Verbandstag in zwei Jahren statt, dann werden Gau-tag und Gaujubiläum zusammengelegt und am Vorort abgehalten.

Als letzter Punkt der Tagesordnung war vorgesehen ein Vortrag des Kollegen Seich über „Die bevorstehende Verbandstag“. Kollege Seich führte ungefähr folgendes aus: In der Raiffeisenfrage müssen sich die Gewerkschaften nach den Beschlüssen des ADGB richten, da diese Gelegenheit in erster Linie eine politische sei. Wenn die Unterhaltungen erhöht werden sollen, geht es ohne Beitragserschöpfung nicht ab. Das neue Verbandsausmaß sei schlicht und würdig ausgestattet. Leider habe sich die veranschlagte Bauvermehrung verdoppelt, was aber bei fast allen Bauten zu beobachten sei. Die im Verbandsausmaß untergebrachte Deckerlei sei eine Mutterdruckerlei im wahren Sinne des Wortes. Wenn die 20 Pf., die jetzt für den Baufonds verwendet werden, bleiben, kann die Invalidenunterstützung auf etwa 2 M. pro Tag erhöht werden. Der Invalidenverband sei noch nicht spruchreif. Der Graphtische Bund, der eine lose Vereinigung darstellt, genüge für die jetzigen Verhältnisse. Der Buchdruckerverband stehe immer noch an der Spitze der graphischen Verbände. Für die Nichtbindung des Lohnabkommens und des Manteltarifs seien viele Gründe vorhanden, wie die Überimmunbezugsung, die wirtschaftliche Lage in andern Gewerben, der Ferienabbau usw. Im übrigen zeige der Schriftgießereistreit, daß äußerst vorsichtig gehandelt werden muß. Es dürfte genügen, wenn alle drei Jahre ein Verbandstag stattfindet. Ferienheime zu übernehmen, sei nicht am Platze; die bereits vorhandenen müßten durch Mittel der Gewerkschaften ausgebaut, neue eventuell

geschaffen werden. Die Berufsgenossenschaften weigern sich noch immer, die Weitrantbeit als Unfall anzuerkennen; die Kollegen seien deshalb darauf hingewiesen, Bleierkrankungen immer wieder als Unfall anzumelden.

Der Vortrag wurde unter größter Aufmerksamkeit entgegengenommen und mit großem Beifall belohnt. Die darauffolgende Aussprache war eine sehr rege. Die meisten Redner erkannten das von Seich Gesagte an. Einige hatten in einigen Punkten zwar andere Ansichten, doch konnten sie dem Hauptvorstande auch keine andern Mittel und Wege aufzeigen. In seinem Schlußwort stellte Kollege Seich verschiedene Forderungen und gab auf gestellte Anfragen erschöpfende Auskunft. Vor Schluß der Tagung dankte Kollege Stange (Erfurt) im Auftrage der Delegierten dem Ortsverein Koburg, dem Gesangsverein „Grappia“, Koburg, und „Typographia“, Bamberg, für die gelebte Mühe und die schön verlebten Stunden am Kommerabend. Gauvortrager Wislaug schloß sich diesem Dank im Namen des Vorstandes an und schloß am Sonntag gegen 7 Uhr abends den Gau-tag mit einem dreifachen Hoch auf den Verband.

Am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 8 1/2 Uhr, tagte die Generalversammlung des Vereins Witwen- und Waisenkasse. Kollege Martin erläuterte und ergänzte den Jahresbericht. Er erwähnte dabei, daß die Infaktion unser Vermögen bis auf das Hausgrundstück geschluckt habe, doch befänden wir uns jetzt wieder im langamen Aufstieg. Der Vermögensbestand betrug Ende 1923 271 M., Ende 1924 6110 M. und Ende 1925 14 003 M. Die Mitgliederzahl ist auf 2845 gestiegen, davon befinden sich 62 Mitglieder in andern Gauen. Wegen Resten wurden im letzten Jahre 18 auswärtige Mitglieder ausgeschlossen. Unterstüßungsberechtigt waren Ende 1925 101 Witwen und eine Waise; an Unterstüßungen kamen zur Auszahlung 11 774 M. Ausführlich verbreitete sich sowohl Kollege Martin als auch Kollege Wislaug über ein an die Bauhütte Weimar gegebenes Darlehen, wobei das Verhalten der maßgebenden Personen der in Konturs befindlichen Bauhütte scharf unter die Lupe genommen wurde.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht war eine äußerst lebhaft; es beteiligten sich daran 10 Redner. Die Angelegenheit Bauhütte wurde von allen kritisch unter die Lupe genommen, jedoch dabei anerkannt, daß den Vorstandskollegen kein Vorwurf zu machen sei, weil sie mit der Anlegung der Gelder in diesem Falle nur nach den Beschlüssen früherer Generalversammlungen gehandelt haben und von der Leitung der Bauhütte scharf getüßelt worden sind. In Zukunft sei jedoch die größte Vorsicht am Platze mit der Anlegung der Gelder.

Beschlossen wurde, in Zukunft die überschüssigen Gelder nur bei der Arbeiterbank sicher anzulegen; Weiter gelangte der Antrag des Vorstandes zur Annahme, den eventuell zu erwartenden Verlust durch den Konkurs der Bauhütte zur Hälfte auf die Gaukasse und zur Hälfte auf die Witwen- und Waisenkasse zu übernehmen. Eine aus der Mitte der Versammlung gestellte Entschädigung, die das in der Bauhüttenangelegenheit von dem Landgericht in Weimar gefällte Urteil scharf geißelt, wurde einstimmig angenommen und soll gelegentlich in der Arbeiterpresse veröffentlicht werden.

Sinhilich der Beiträge und Leistungen lagen verschiedene Anträge vor. Man einigte sich auf den Vorstandsvorschlag, den Beitrag ab 1. Juli 1926 auf wöchentlich 25 Pf. festzusetzen und dementsprechend die Unterstüßungssätze auf 216 bzw. 240 M., die Abfindungssumme auf 600 M., das Sterbegeld auf 75 bzw. 100 M. zu erhöhen.

Nach Erledigung einiger interner Verwaltungsangelegenheiten schloß Vorsitzender Wislaug gegen 1 Uhr die Generalversammlung.

Die Koburger Mitgliedschaft hatte alle aufgeboten, um den Delegierten und Gästen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten. Das gilt sowohl hinsichtlich des Tagungsortes als auch für die Quartierfrage und die getroffenen Veranstaltungen. Zum Empfangskommissar am Freitagabend boten die Hauskapelle und der Gesangsverein „Grappia“ ihr Bestes. Die Abendfeier am Sonnabend stand auf beträchtlicher Höhe. Besonders seien erwähnt die Gesangsvorträge der „Grappia“, Koburg, und der „Typographia“, Bamberg, welche letztere fast restlos mit ihren Damen erschienen war. Den Höhepunkt des Abends bildeten die Ansprachen des Verbandsvorsitzenden Seich und des Gauvortragers Wislaug. Ersterer zeichnete in kurzen markigen Worten den Werdegang und das Wirken unserer Organisation in den verflochtenen 60 Jahren. Letzterer widmete den 677 Verbandsjubilaren unseres Gaus, welche 25 bis 69 Jahre der Organisation angehören, und den fünf Funktionären, die länger als 25 Jahre tätig sind, herzlich Worte der Anerkennung und ehrte besonders unsere alten Kämpen Albert Reuter (Hildburghausen), der 63 Jahre der Organisation angehört und trotz seiner 83 Jahre fast die ganzen zwei Tage den Verhandlungen bewohnte. Für das vom Verbandsvorstande und vom Kollegen Koch (Gera) im Auftrage des Gau-tages überreichte Geldgeschenk dankte der Jubilar tiefbewegt. Erwähnt sei noch, daß der Gau-tag sich geschlossen an dem Raiffeisenumzuge der Koburger Gewerkschaften beteiligte.

S. Brandt.

